

# Inhaltsübersicht

Einleitung .....	1
A. Thesen .....	2
B. Verfassungsrechtliche Perspektive .....	6
C. Grundrechtecharta als Referenzordnung .....	8
D. Struktur der Arbeit .....	11
 1. Teil	
Was ist Sicherheit? Sicherheit aus der Grundrechtsperspektive .....	13
A. Sicherheit und Legitimation .....	14
B. Sicherheit und Verfassungsrecht .....	15
C. Sicherheit als Paradoxon .....	16
D. Sicherheit als kulturelles und soziales Konstrukt .....	17
E. Sicherheit als besonders aushandlungsbedürftige Sachmaterie .....	22
F. Zusammenfassung .....	25
 2. Teil	
Klassische grundrechtsdogmatische Figuren der unionsrechtlichen Sicherheitsverfassung .....	27
A. Sicherheit als legitimer Zweck .....	27
B. Sicherheit als grundrechtliche Schutzpflicht .....	43
C. Sicherheit als Grundrecht .....	72

## 3. Teil

Sicherheit als Chartagrundsatz und als grundrechtsdogmatische Innovation .....	111
---	-----

A. Die Chartagrundsätze als neue Unbekannte der unionalen Grundrechtsordnung .....	111
B. Ansätze einer allgemeinen Lehre von den Chartagrundsätzen .....	121
C. Probleme und Lösungsansatz .....	156
D. Die Alternative der Sicherheit als Chartagrundsatz, seine Wirkungen und seine verfassungstextliche Verortung .....	187
E. Zusammenfassung .....	202

## 4. Teil

Die europäische Cybersicherheitsgesetzgebung im Lichte der unterschiedlichen grundrechtsdogmatischen Konzeptionen des Gewährleistungsziels Sicherheit als Beispiel .....	207
--	-----

A. Cybersicherheit als umfassendes, weil räumliches Konzept .....	207
B. Versicherheitlichung und Rights Talk im Bereich der Cybersicherheitsgewährleistung .....	212
C. Die europäische Cybersicherheitsgesetzgebung im Lichte der verschiedenen grundrechtsdogmatischen Konzeptionen des Gewährleistungsziels Sicherheit .....	221

Schluss .....	231
---------------	-----

A. Zusammenfassende Thesen .....	231
B. Ausblick .....	233

Literaturverzeichnis .....	237
----------------------------	-----

Sachregister .....	249
--------------------	-----

## Inhaltsverzeichnis

Einleitung .....	1
A. Thesen .....	2
I. Die Vergrundrechtlichung des Gewährleistungsziels Sicherheit als Problem für Demokratie und Gewaltenteilung .....	2
II. Sicherheit als besonders aushandlungsbedürftige Sachmaterie .....	5
III. Der unionsrechtliche Sicherheitsgrundsatz als grundrechtsdogmatische Alternative .....	6
B. Verfassungsrechtliche Perspektive .....	6
C. Grundrechtecharta als Referenzordnung .....	8
D. Struktur der Arbeit .....	11
 1. Teil	
Was ist Sicherheit? Sicherheit aus der Grundrechtsperspektive .....	13
A. Sicherheit und Legitimation .....	14
B. Sicherheit und Verfassungsrecht .....	15
C. Sicherheit als Paradoxon .....	16
D. Sicherheit als kulturelles und soziales Konstrukt .....	17
E. Sicherheit als besonders aushandlungsbedürftige Sachmaterie .....	22
I. Unmöglichkeit der abschließenden verfassungsrechtlichen Definition von Sicherheit als Folge ihrer sozialen und kulturellen Konstruktion .....	23
II. Sicherheit als freiheitlich und demokratisch strukturierter Prozess	24
F. Zusammenfassung .....	25

## 2. Teil

Klassische grundrechtsdogmatische Figuren der unionsrechtlichen Sicherheitsverfassung .....	27
A. Sicherheit als legitimer Zweck .....	27
I. Sicherheit als legitimer Zweck im Unionsrecht .....	29
II. Zu große Offenheit gegenüber demokratischen Aushandlungsprozessen .....	31
III. Mangelnder Freiheitsschutz als Folge richterrechtlicher Nachlässigkeit .....	32
1. Die Entwertung des legitimen Zwecks im Allgemeinen .....	32
a. Bisherige „Anspruchslosigkeit“ der Grundrechtsprechung des EuGH im Allgemeinen .....	33
b. „Anspruchslosigkeit“ der Rechtsprechung zur Legitimität des vorgebrachten Zwecks .....	34
2. Die Entwertung des Gewährleistungszieles Sicherheit in Gestalt des legitimen Zwecks im Besonderen als Legitimation sozial und kulturell konstruierter Unsicherheiten .....	38
IV. Zusammenfassung .....	42
B. Sicherheit als grundrechtliche Schutzpflicht .....	43
I. Die grundrechtliche Schutzpflicht im Unionsrecht .....	45
1. Breite Anerkennung im Schrifttum .....	45
2. Zurückhaltung in der Rechtsprechung der Unionsgerichte .....	50
II. Die grundrechtliche Schutzpflicht in der grundsätzlichen Kritik ..	53
1. Freiheitsverkürzung durch Wandel der Grundrechte von Eingriffsverboten in Eingriffsgebote .....	54
2. Vergrundrechtlichung der Rechtsordnung und der Sicherheitspolitik .....	56
3. Vergrundrechtlichung als Prozess der Versicherheitlichung ..	60
III. Kollektiv-rechtliche Schutzwerte als Alternative .....	62
1. Die Tendenz des EuGH zum kollektiv-rechtlichen Ansatz ..	63
2. Die unionsverfassungstextliche Stärkung des kollektiv-rechtlichen Ansatzes durch die Grundrechtecharta ..	66
3. Grundrechtsdogmatische Vorteile und Schonung des Demo- kratieprinzips sowie des Grundsatzes der Gewaltenteilung ..	67
4. Teilweise Inkommensurabilität der grundrechtlichen Schutzpflicht .....	68
IV. Zusammenfassung .....	71
C. Sicherheit als Grundrecht .....	72
I. Art. 6 GRCh als interpretationsoffene Vorschrift .....	77
1. Sicherheitsrechtliche Gehalte des Art. 5 Abs. 1 EMRK .....	77
2. Sicherheitsrechtliche Gehalte des Art. 6 GRCh .....	83
3. Stellungnahme .....	84

4. Zwischenergebnis .....	86
II. Der grundrechtsdogmatische Mehrwert des Grundrechts auf Sicherheit und die Freiheit als Grenze .....	87
1. Bestandsicherndes Grundrecht .....	90
2. Bestandserweiterndes Grundrecht .....	92
3. Der unionsrechtliche Wert der Freiheit als Grenze .....	95
a. Unionsverfassungstextliche Vorgaben .....	96
b. Primat der Freiheit als grundrechtsdogmatisches Leitbild ..	98
c. Freiheitsverkürzende Effekte .....	101
d. Stabilisierungsfunktion des europäischen Grundrechtsverbunds .....	102
4. Zusammenfassung .....	105
III. Vergrundrechtlichung der Rechtsordnung und der Sicherheitspolitik .....	105
IV. Zusammenfassung .....	107
 3. Teil	
Sicherheit als Chartagrundsatz und als grundrechtsdogmatische Innovation .....	111
 A. Die Chartagrundsätze	
als neue Unbekannte der unionalen Grundrechtsordnung .....	111
I. Positiv-rechtliche Ausgangslage .....	113
II. Entstehungsgeschichte .....	114
 B. Ansätze einer allgemeinen Lehre von den Chartagrundsätzen .....	121
I. Die Chartagrundsätze als verbindliches Recht .....	122
1. Rechtsverbindlichkeit der Grundsätze an sich .....	122
2. Grundsätze als abwehr- und leistungsrechtliche Normen .....	123
3. Gegenvorschlag: Grundsätze als allein leistungsrechtliche Normen ohne eigene materielle Rechtsgehalte .....	127
a. Grundsätze als allein leistungsrechtliche Normen .....	127
b. Grundsätze als Normen ohne eigene materiell-rechtliche Gehalte .....	128
c. Vereinbarkeit mit Art. 52 Abs. 5 GRCh .....	131
aa. Grundsätze als Auslegungsgebote .....	131
bb. Grundsätze als Rechtmäßigkeitsmaßstab .....	131
II. Die Chartagrundsätze als abwägungsbedürftige Prinzipien .....	134
III. Die Chartagrundsätze als objektives oder subjektives Recht .....	136
1. Die Chartagrundsätze als objektives, weil nur beschränkt einklagbares Recht .....	137
2. Die Chartagrundsätze als subjektives, gleichwohl nur beschränkt einklagbares Recht .....	139

3. Stellungnahme: Grundsätze als objektives Recht und Identitätsthese statt Ähnlichkeitsthese .....	143
IV. Rechtswirkung der Grundsätze .....	144
1. Gebote der grundsatzkonformen und grundsatzfreundlichen Auslegung .....	144
2. Rückschriftenverbot .....	145
3. Grundsätze als Subjektivierungsgebote .....	147
4. Gebot der anspruchsfreundlichen Auslegung .....	148
V. Die Grundsatzkonzeption des EuGH .....	150
1. Grundsätze als umsetzungsbedürftiges objektives Recht ohne eigene materielle Rechtsgehalte und weites Verständnis des Umsetzungsaktes .....	151
2. Ablehnung der Einheitsthese? .....	152
3. Keine anspruchsfreundliche Auslegung? .....	154
4. Fazit .....	155
VI. Zusammenfassung .....	155
C. Probleme und Lösungsansatz .....	156
I. Unmöglichkeit der Einordnung einzelner Chartabestimmungen als Grundsätze aufgrund der bisherigen Grundsatzkonzeption ..	156
1. Im Schrifttum vorgeschlagene Einordnungskriterien .....	157
2. Kritik der Einordnungskonzepte am Beispiel der Art. 25 und 26 GRCh .....	160
a. Verwendung der Begriffe „Recht“ und „Anspruch“ .....	160
b. Subjektiv-rechtliche Formulierung .....	162
c. Keine besondere Normenunbestimmtheit .....	163
d. Unsichtbarkeit etwaiger besonderer Funktionsschwerpunkte .....	167
e. Unsichtbarkeit etwaiger allein leistungsrechtlicher Funktionen .....	169
f. Zwischenfazit: Art. 25 und 26 GRCh als Grundsätze mit grundrechtlichem Anschein .....	169
3. Auslegungsmethodischer Stellenwert der Erläuterungen .....	170
II. Gegenvorschlag: Grundsätze als besonders aushandlungsbedürftige Rechtsgüter schützende Normen .....	173
1. Besondere Aushandlungsbedürftigkeit der Grundsatzrechtsgüter .....	174
2. Demokratieprinzip als Indikator besonderer Aushandlungsbedürftigkeit .....	175
3. Beispiele besonders aushandlungsbedürftiger Sachbereiche ..	180
a. sozialrechtliche Verbürgungen .....	180
b. Gemeinschaftsgüter schützende Verbürgungen .....	181

4. Besondere Aushandlungsbedürftigkeit nur einzelner Gewährleistungsgehalte innerhalb eines Charta-Artikels und Abgrenzung zu den grundrechtlichen Schutzpflichten ...	184
5. Folgen für die Einordnung einzelner Chartabestimmungen als Grundsätze oder Grundrechte .....	185
III. Zusammenfassung .....	186
D. Die Alternative der Sicherheit als Chartagrundsatz, seine Wirkungen und seine verfassungstextliche Verortung .....	187
I. Der Sicherheitsgrundsatz als Demokratie und Gewaltenteilung schonende und dem kollektiv-rechtlichen Ansatz des EuGH entsprechende grundrechtsdogmatische Alternative .....	187
II. Die verfassungstextliche Verortung des Sicherheitsgrundsatzes in Art. 6 GRCh .....	190
1. Der Sicherheitsgrundsatz als lediglich vertretbares Auslegungsergebnis bei isolierter Betrachtung des Art. 6 GRCh...	191
a. Wortlaut .....	192
b. Entstehungsgeschichte .....	192
c. Telos .....	192
d. Systematik .....	193
aa. Die Einbettung des chartarechtlichen Sicherheitsgrundsatzes in den europäischen Grundrechtsverbund gemäß Art. 52 Abs. 3 und 4 GRCh .....	193
bb. Art. 6 GRCh im Gefüge des Primärrechts .....	195
2. Der Sicherheitsgrundsatz als zwingendes Auslegungsergebnis bei Betrachtung des Art. 6 GRCh im Lichte des unionsverfassungsrechtlich verbürgten Demokratieprinzips...	196
III. Rechtliche Wirkungen des unionsrechtlichen Sicherheitsgrundsatzes .....	199
1. Das sicherheitsgrundsätzliche Gebot zur grundsatzkonformen und beschränkt grundsatzfreundlichen Auslegung.....	199
2. Das sicherheitsgrundsätzliche relative Rückschrittsverbot .....	200
3. Das sicherheitsgrundsätzliche Subjektivierungsgebot und das Gebot zur anspruchsfreundlichen Auslegung .....	201
4. Die den Schutzgüterbestand erweiternde Wirkung des Sicherheitsgrundsatzes .....	201
E. Zusammenfassung .....	202

## 4. Teil

Die europäische Cybersicherheitsgesetzgebung im Lichte der unterschiedlichen grundrechtsdogmatischen Konzeptionen des Gewährleistungsziels Sicherheit als Beispiel .....	207
A. Cybersicherheit als umfassendes, weil räumliches Konzept .....	207
I. IT-Sicherheit aus informatischer Sicht .....	207
II. Cybersicherheit aus politischer und juristischer Perspektive .....	209
III. Fazit: Vorzugswürdigkeit des Konzepts der Cybersicherheit .....	211
B. Versicherheitlichung und Rights Talk im Bereich der Cybersicherheitsgewährleistung .....	212
I. Die Versicherheitlichung der Cybersicherheit .....	212
II. Verstärkter Rekurs auf die Figur der grundrechtlichen Schutzpflicht im Schrifttum .....	215
III. Versicherheitlichungstendenzen verstärkender <i>Rights Talk</i> als Folge .....	218
IV. Sicherheitsgrundsatz als grundrechtsdogmatische Alternative .....	219
C. Die europäische Cybersicherheitsgesetzgebung im Lichte der verschiedenen grundrechtsdogmatischen Konzeptionen des Gewährleistungsziels Sicherheit .....	221
I. Cybercrime- und NIS-Richtlinie als wesentliche Pfeiler der europäischen Sicherheitsgesetzgebung .....	221
II. Die europäische Cybersicherheitsgesetzgebung im Lichte des legitimen Zwecks, der grundrechtlichen Schutzpflicht und des Sicherheitsgrundrechts .....	222
1. Europäische Cybersicherheit als legitimer Zweck .....	222
2. Europäische Cybersicherheit als unionsgrundrechtliche Schutzgehalte .....	223
3. Cybersicherheit als Konkretisierung des unionsrechtlichen Sicherheitsgrundsatzes .....	227
Schluss .....	231
A. Zusammenfassende Thesen .....	231
B. Ausblick .....	233
Literaturverzeichnis .....	237
Sachregister .....	249